

Dr. Dagmar Simon
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Stellungnahme

Öffentliche Anhörung

zum Thema

„Frauen in Wissenschaft und Forschung“

am 11. Juni 2012

4. Juni 2012

Dr. Dagmar Simon
Forschungsgruppe Wissenschaftspolitik

Innovative Wissenschaftssysteme und Gleichstellungspolitik – wie sollte es weitergehen?

Seit über zwei Dekaden gehört zum deutschen Wissenschaftssystem eine aktive Gleichstellungspolitik. Dabei wurden Ziele, Instrumente und Verfahren weiterentwickelt, neue Akteure sind ins Spiel gekommen, neuen Herausforderungen musste begegnet werden. In dieser Zeit ist – im Vergleich zu den siebziger und achtziger Jahren Einiges erreicht worden: Die Teilhabe von Wissenschaftlerinnen, vor allem im Mittelbau, wird kontinuierlich erhöht. Geschlechterstereotypen und andere Stereotypisierungen in der Wissenschaft (wie etwa *Gleichstellung oder Qualität*) haben zumindest in einigen Bereichen ihre Bedeutung verloren. Wissenschaftliche Einrichtungen haben Leitbilder entwickelt, die auf Geschlechtergerechtigkeit rekurrieren, Gleichstellungspolitik wurde in die maßgeblichen Organisationsabläufe von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen integriert, Ziel- und Leistungsvereinbarungen abgeschlossen, Mentoring-Programme für Wissenschaftlerinnen entwickelt, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf implementiert und vieles mehr.

Die vergangenen 20 Jahre demonstrieren anschaulich, dass Gleichstellungspolitik Wirkung zeigt. Allerdings kann man im Jahre 2012 mit dem Ergebnis in keiner Weise zufrieden sein, wie auch der Wissenschaftsrat in seiner jüngsten Stellungnahme (Drs. 2218-12) zu fünf Jahren Offensive für Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern konstatiert. Insbesondere besteht Nachholbedarf den Anteil von Frauen in Spitzenpositionen in der Wissenschaft signifikant zu erhöhen: Professuren, leitende Positionen an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Hier hat der Fortschritt das Tempo einer Schnecke.

Wissenschaftszentrum Berlin
für Sozialforschung gGmbH
Reichpietschufer 50
10785 Berlin
Telefon +49 (30) 25491-0
Telefax +49 (30) 25491-684
wzb@wzb.eu
www.wzb.eu

Geschäftsführung
Prof. Jutta Allmendinger Ph.D.
Heinrich Baßler
Sitz der Gesellschaft Berlin
Amtsgericht Charlottenburg
HRB 4303
Mitglied der Leibniz-
Gemeinschaft
Commerzbank Berlin
BLZ 100 400 00
Kto. 507 914 000
IBAN-Nr.
DE07100400000507914000
Swift-Code COBADEFF
USt-Ident-Nr. DE136782674

Jenseits von Gerechtigkeitsaspekten kann ein Wissenschaftssystem, das in Zeiten von Globalisierung und Europäisierung zunehmend in Konkurrenz mit den Systemen anderer Industriestaaten steht, es sich nicht leisten, auf Wissenschaftlerinnen insbesondere in Spitzenpositionen zu verzichten. Im Folgenden wird auf einige m. E. zentrale wirkungsvolle Ziele und Maßnahmen der Gleichstellungspolitik fokussiert, ohne andere Initiativen damit ausgrenzen zu wollen.

1. *Zielquoten*

Angesichts der nach wie vor bestehenden erheblichen Unterrepräsentanz von Wissenschaftlerinnen in Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen, insbesondere bei leitenden Positionen, sind verbindliche Zielquoten im Sinne des Kaskadenmodells der Forschungsorientierten Gleichstellungsstandards der DFG für die jeweilige wissenschaftliche Einrichtung das Mittel der Wahl. Sie sollten mit entsprechenden Maßnahmen und Instrumenten unterlegt sein, um in einem realistischen Zeitraum die selbst definierten Ziele zu erreichen. Die Nichteinhaltung der Quoten muss Konsequenzen für die Hochschulen und Forschungseinrichtungen aufweisen: so bei Anreizsystemen wie der leistungsorientierten Mittelvergaben, bei Programmen der Forschungsförderung etc. Mit der verbindlichen Festlegung von Zielquoten erhöhen sich die Chancen, die Teilhabechancen von Wissenschaftlerinnen im deutschen Wissenschaftssystem in einem absehbaren Zeitraum zu justieren. Dieses Instrument hat den zusätzlichen Vorteil, institutionelle und auch disziplinäre Besonderheiten von Hochschulen und Forschungseinrichtungen berücksichtigen zu können.

2. *Institutionelle Verantwortung*

Mit den Zielquoten lassen sich natürlich nicht alle Probleme der Gleichstellung der Geschlechter in der Wissenschaft lösen. Entscheidend für eine erfolgreiche Gleichstellungspolitik ist nach wie vor, dass Leitungen von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen für diese Aufgabe die strategische Verantwortung übernehmen. Gleichstellung sollte in alle relevanten Managementaufgaben und Organisationsabläufe der wissenschaftlichen Einrichtungen integriert werden. Dies betrifft auch die Entwicklung von Leitbildern und Leitorientierungen, die im Rahmen von Profilbildungsprozessen an den Hochschulen einen Bedeutungsauswuchs erfahren haben. Denn Frauen erleben nach wie vor im Gegensatz zu Männern eher „ein Organisationsklima geschlechtsbezogener Ungleichheit“.¹

3. *Wissenschaftsrat und Deutsche Forschungsgemeinschaft*

Dem Wissenschaftsrat (WR) und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), aber auch anderen Forschungsfördereinrichtungen wie Stiftungen kommen bei der Initiierung und Durchsetzung von Gleichstellungsmaßnahmen eine zentrale Rolle zu. Wenn sich diejenigen Institutionen - DFG und WR -, die für die Reputation der deutschen Wissenschaft stehen, gleichstellungspolitisch engagieren und von ihnen das Signal ausgeht, dass die immer noch bemühte und beliebte Gegenüberstellung von Qualität (heutzutage Exzellenz) und Gleichstellung allenfalls in den Geschichtsbüchern noch einen dokumentarischen Wert haben kann, Gleichstellungsmaßnahmen in Exzellenzprogramme integriert werden, und für Zielquoten votiert wird, dann hat dies eine Signalwirkung für das gesamte Wissenschaftssystem.

¹ Ergebnis einer Online-Befragung des Instituts für Gründung und Innovation der Universität Potsdam, zitiert in WR (2012): Fünf Jahre Offensive... S. 24.

4. *Anreize und Sanktionen*

Die Forschungsorientierten Gleichstellungsstandards der DFG können bislang eine eindrucksvolle Bilanz in den Universitäten vorweisen. Es wurden spezifische gleichstellungspolitische Ziele formuliert, neue Instrumente und Maßnahmen eingeführt und Zielquoten vereinbart. Insgesamt konnten sich viele Universitäten im Zeitraum von der Erstberichterstattung bis zu den Zwischenberichten 2011 bei der Eingruppierung durch die DFG signifikant verbessern. Ein wichtiger Faktor ist dabei, dass ein schlechtes Abschneiden bei den Standards Konsequenzen bei der Beantragung von koordinierten Programmen der DFG nach sich zieht, also nicht folgenlos bleibt. Nach diesen erfreulichen Entwicklungen wäre es ein fatales Signal, wenn nach den Abschlussberichten 2013 die eingesetzte Arbeitsgruppe „Forschungsorientierte Gleichstellungsstandards“ beendet würde. Es ist zu befürchten, dass viel Erreichtes in den Universitäten nicht stabilisiert werden kann bzw. rückgängig gemacht wird. Daher kann man sich nur der Empfehlung des Wissenschaftsrats anschließen, der eine Fortsetzung der Forschungsorientierten Gleichstellungsstandards nach Ablauf der Implementierungsphase 2013 empfiehlt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Berichterstattung in der bisherigen Weise nicht einfach fortgesetzt werden kann. Auch solche Instrumente nutzen sich ab. In welcher Weise die forschungsorientierten Standards weiterentwickelt werden können, darüber sollte in absehbarer Zeit beraten werden.

Auch Forschungsprogramme anderer Förderer wie bspw. der Ministerien sollten gleichstellungspolitische Elemente aufnehmen und klarstellen, dass Fördermaßnahmen vom Gleichstellungserfolg abhängen.

5. Um Gleichstellungspolitik zu modernisieren und von good practice- Beispielen lernen zu können, ist zu empfehlen, Initiativen und Programme zu evaluieren wie jüngst das Professorinnenprogramm.

Im internationalen Vergleich liegt Deutschland im Blick auf die Teilhabechancen von Wissenschaftlerinnen seit längerem nicht gerade im oberen Bereich. Die Fortsetzung und Weiterentwicklung von gleichstellungspolitischen Instrumenten könnte aber für andere Länder wichtige Anregungen geben, wie wissenschaftspolitische Instrumente dieser Art in das Wissenschaftssystem integriert werden können. Sie sind nur nicht für die Dimension von Geschlechterpolitik von Bedeutung.

Berlin, den 4. Juni 2012